



Dölauer Heide: Gemeinsam entwickeln Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt und Stadt Halle (Saale) Naturschutzmanagement und Waldbewirtschaftung weiter

Zur Weiterentwicklung der Dölauer Heide stimmen sich das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) und die Stadt Halle (Saale) intensiv ab. Dabei finden Naturschutz, wirtschaftliche Nutzung und Erholungszweck gleichermaßen Berücksichtigung. Grundlage der Zusammenarbeit sind der Managementplan für den Naturschutz des LAU und die Waldbewirtschaftungsplanung der Stadt für die Dölauer Heide, der die Forstbewirtschaftung für die nächsten zehn Jahre beinhaltet.

Der Managementplan zeigt auf, wo und wie die Lebensstätten streng geschützter Arten erhalten werden können. So sollen vor allem alte Waldbestände erhalten und konkurrierende Arten entnommen werden. In aufgelichteten oder abgestorbenen Waldbereichen werden wieder geeignete Baumarten, wie Stiel- und Traubeneiche, Winterlinde oder Hainbuche gepflanzt. Das ist besonders wichtig, da in den letzten Jahren großflächig Bäume durch Trockenheit, Pilz- und Insektenbefall abgestorben sind. Auf diese Weise lässt sich auch künftig ein Wald entwickeln, der Lebensstätten für viele Arten bietet, gleichzeitig aber auch stabil und ästhetisch ist.

Der Managementplan enthält lagegenau konkrete Maßnahmen zum Erhalt der schützenswerten Arten und Lebensräume. In der Dölauer Heide sind unter anderem die verschiedenen Ausprägungen der Eichen-Hainbuchenwälder von Bedeutung, die altholzbewohnende Käferart Eremit sowie die Fledermausarten Großes Mausohr und Mopsfledermaus. Charakteristische Vogelarten der Eichen-Hainbuchenwälder sind Mittelspecht und Rotmilan, für deren weltweite Erhaltung Deutschland besondere Verantwortung besitzt.

Die Präsidentin

Pressemitteilung

praesidentin@
lau.mwu.sachsen-anhalt.de

Landesamt für Umweltschutz
06116 Halle (Saale)

Tel.: 0345 5704-101
Fax: 0345 5704-190

www.lau.sachsen-anhalt.de

Zu den abgestimmten Maßnahmen gehört auch die Entlassung von fünf Prozent der Waldfläche aus der forstlichen Bewirtschaftung. So wird in den Eichen-Hainbuchenwäldern der Bischofswiese keine forstliche Nutzung mehr stattfinden. Das Areal entspricht 5 Prozent der Waldfläche der Dölauer Heide.

In den Jahren 2021 und 2022 wurden 7.500 Festmeter Holz pro Jahr eingeschlagen. Die geerntete Menge liegt über dem Durchschnitt des langjährigen Mittels. Dies begründet sich durch sehr viel abgestorbenes Holz, verursacht sowohl durch die extreme Trockenheit der letzten Jahre, damit einhergehendem Borkenkäferbefall und Pilzschäden als auch durch Starkwinde. Um ein weiteres Verbreiten der Schädlinge und Pilze einzudämmen und der Verkehrssicherungspflicht gerecht zu werden, war es notwendig, die Holzerntemaßnahme in diesem Umfang auszuführen.

Die Holzernte wurde erst kürzlich beendet. Die Witterungslage der vergangenen Tage mit den hohen Niederschlägen (die für den Wald sehr zu begrüßen sind) ließ eine Reparatur der Wege noch nicht zu. Bei geeignetem Wetter, werden die Wege wieder in einen ordentlichen Zustand versetzt.

Bei der Umsetzung der naturschutzfachlichen Maßnahmen, bei der regulären, erwerbsorientierten Forstwirtschaft und bei den aktuell besonders umfangreichen Verkehrssicherungsmaßnahmen kommt auch Großtechnik zum Einsatz. Ziel ist es, Schäden an Boden und Waldbestand möglichst zu vermeiden.

Hintergrund:

Wälder in Sachsen-Anhalt müssen nachhaltig und ordnungsgemäß bewirtschaftet werden, so schreibt es das Landeswaldgesetz vor. Das gilt auch für geschützte Gebiete, soweit sie nicht nach einer anderen Rechtsvorschrift von einer Bewirtschaftung ausgenommen sind. In der Dölauer Heide, dem halleschen Stadtwald, existieren verschiedene Schutzgebietskategorien, die sich zum Teil überlappen: Flächennaturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete. Einige Bereiche gehören auch zum europaweiten Schutzgebietsnetz Natura 2000, das Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) umfasst. Dort kommen Arten und Lebensraumtypen vor, die europaweit Schlüsselfunktionen für den Erhalt der Biodiversität haben. Für sie trägt das Land Sachsen-Anhalt eine besondere Verantwortung.